

Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis RM. 3.50 vierteljährlich, RM. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk RM. 3.80, im sonstigen In- und Auslande RM. 4.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Beilage oben deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. a. Fernsprecher 33.

Nr. 193

Anzeigenannahme:
In Wildbad: Wildbadstraße 28

Donnerstag, den 28. August 1919

Anzeigenannahme:
In Calw: Hauptstraße 100

Jahrgang 53

Die betrogenen deutschen Soldaten im Baltikum.

Der jetzt wieder amtierende lettische Ministerpräsident Umanis — sein Sturz durch eine radikalere Gruppe, der gemeldet wird, ist bisher noch nicht amtlich bestätigt — hatte am 29. Dezember 1918, als ihm der Streik am Hals saß und die Bolschewisten vor den Toren Rigas standen, mit dem damaligen deutschen Gesandten August Winnig in Riga einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge alle reichsdeutschen Soldaten, die wenigstens 4 Wochen im Lande gekämpft hatten bzw. kämpfen würden, das lettische Heimbürgerrecht erhalten sollten, woraus alle Rechte lettischer Bürger, also auch das Recht zum Landwerb, fließen. Man machte freilich nachher, als die lettische Regierung nach der Einnahme Rigas nach Libau flüchtete und ein Teil von ihr, darunter Umanis selbst, außer Landes floh, geltend, daß ein solcher Vertrag nicht bestünde, und der Plaghalter des Umanis, der Minister Dr. Walters, wich allen Bemühungen von deutscher Seite, auch in jedem Einzelfall auf Erlangung des lettischen Bürgerrechts unter durchsichtigen Vorwänden aus. Erst der Sturz des Kabinetts Umanis am 16. April 1919 brachte den Stein wieder ins Rollen, und der Chef der neuen Regierung Needra bestätigte nicht nur formell das Abkommen vom 29. Dezember, sondern er erklärte auch ausdrücklich, daß einem Landwerb seitens der Soldaten nichts im Wege stünde. Zu gleicher Zeit gab in gehobener Verantwortung auch der lettische, insbesondere der kurländische Großgrundbesitzer eine neue Erklärung ab, daß er an dem bekannten kurländischen Landtagsbeschluss vom Jahr 1916, ein Drittel seines Grund und Bodens zu dem Freiwehrenden von 1914 abzutreten, grundsätzlich und freiwillig festhalte. Die Folge davon war, daß sich eine sehr große Zahl, etwa 10000 reichsdeutsche Offiziere und Soldaten, sei es der Baltischen Landeswehr, sei es der Eisernen Division, der Garde-Reiterie und der verschiedenen Freikorps, entschlossen, in Kurland bzw. auch Livland sich eine neue Heimat zu errichten.

Damit aber kam der Umschlag. Wegen des Kabinetts Needra ließ Umanis die Entente zu Hilfe, und dank der Unterstützung, daß Needra eine Kreatur der Deutschen sei, gelang es trotz der Einnahme Rigas schließlich Needra zu stürzen und ein neues Kabinett Umanis wieder einzusetzen. Die deutschen Truppen, die um ihr wohlerworbenes Siedlungsrecht sich sorgten, entschlossen sich schließlich nach mehrfachen Beratungen am 27. Juli in einer etwa 10000 Siedler vertretenden Delegiertenversammlung in Mitau, durch die deutsche Gesandtschaft eine Anfrage und Rechtsverwahrung bei der lettischen Regierung einzulegen, auf die seitens der lettischen Regierung durch den Außenminister Meyero-wicz folgende Antwort eingelaufen ist:

1. Ein Vertrag vom 29. Dezember 1918 sei überhaupt nicht abgeschlossen, sondern es handle sich lediglich um eine unverbindliche Erklärung von Umanis;
2. aber auch, falls ein Vertrag abgeschlossen worden wäre, sei er durch den Versailler Frieden ungültig geworden;
3. die reichsdeutschen Truppen haben durch ihr „demokratisiertes, zügelloses Verhalten“ im Lande, vor allem aber durch ihr Zusammengehen mit der Baltischen Landeswehr bei dem Putsch vom 16. April und nach demselben jedes Anrecht auf Begünstigung und Berücksichtigung ihrer Wünsche entbehrt;
4. die lettische Großgrundbesitzer habe gar nicht das Recht, über ein Drittel des Gutlandes zu verfügen, das nicht ihm, sondern dem Staat gehöre.

Eine Bemerkung zu diesen Ungehörlichkeiten ist überflüssig! Die Grundlinien decken sich vollkommen mit früheren Schritten der lettischen Regierung, so ihren Bemühungen, die Reichsdeutschen aus der Baltischen Landeswehr herauszudrängen, so ihr beständiges Drängen auf möglichst baldigen Abtransport der Eisernen Division aus Kurland, so endlich der Bestimmung des lettisch-estnischen Friedensvertrags, daß die lettische Regierung dafür Sorge tragen werde, daß Reichsdeutsche auch den in Kurland in Bildung begriffenen russischen Formationen nicht beitreten dürfen, aus ihnen wieder ausscheiden müßten.

Daß obiger amtlicher Bescheid im wesentlichen den Absichten der Entente entspricht, wird angenommen werden können. Es spricht auch ganz bestimmte Anzeichen dafür, daß der englische General Gough, der leidende Geist im Baltikum, seine Weisung dahin abgegeben hat. Die Unversöhnlichkeit, dem lettischen Großgrundbesitz das Verfügungsrecht über seinen Besitz zu nehmen, ohne daß ein Enteignungsgezet vorliegt, ist aber so unerhört, daß es nicht englischen Ursprungs sein

kann, und zwar umsoweniger, als neuerdings aufgetauchte sehr ernsthafte englische Landankauf- und große Finanzpläne im Baltikum die rechtliche Unantastbarkeit des lettischen Großgrundbesitzes zur Voraussetzung haben. Aber — eine deutsche Siedelung wollen die Engländer freilich zweifellos verhindern.

Die deutsche Regierung hat nun auf das ablehnende Verhalten der lettischen Regierung hin beschlossen, die deutschen Truppen (6. Reservekorps) gegen deren Willen aus dem Baltikum zurückzurufen und als sich bei d. Truppen keine Geneigtheit zeigte, das Baltikum zu räumen, gab die Regierung dem Kommandierenden 1. Korps, Graf von der Goltz, den bestimmten Befehl, das Hauptquartier nach Kolberg in Pommern zu verlegen. Die deutschen Truppen verweigerten daraufhin der Regierung den Gehorsam. Am Sonntag, den 24. August, haben ihre Vertreter den Beschluß gefaßt, nachdem sie das Baltikum von der Blutherrschaft der Bolschewisten befreit haben, sich nicht aufzulösen und unter allen Umständen die mit ihnen Blut erworbenen und durch Vertrag verbrieften Rechte zu erhalten. Ihr Entschluß wurde der Reichsregierung mit dem deutschen Gesandten im Baltikum, Winnig, telegraphisch mitgeteilt. In Mitau (Kurland) wurden zwei lettische Kompanien, die deutschen Truppen entgegen gewappnet und nach lettischer Darstellung soll die dortige Kommandantur „geplündert“ worden sein. Als General von der Goltz von den Vorgängen erfuhr, begab er sich sogleich nach Mitau, um auf seine Truppen beschwichtigend einzuwirken und in einem Korpsbefehl sprach er ihnen seine Mißbilligung aus. Zugleich drückte er der lettischen Regierung das Bedauern über den Vorfall aus.

Die Regierung gibt bekannt, daß sie Verständnis habe für die Mißbilligung unter den Freiwilligen, die sich nur auf das Versprechen der Ansiedlung im Baltikum hin anwerben ließen, aber sie (die Regierung) habe nicht die Machtmittel, die Wünsche der Truppen zu erfüllen. Sie erwarte von den Führern, daß sie ihre Truppen wieder zum Gehorsam zurückbringen.

Nebenbei sei bemerkt, daß Kurland für das werdende neue Rußland in Anspruch genommen werden soll, von hier aus soll, wie verlautet, Großrußland wieder erweckt werden. In diesen Plänen würden natürlich reichsdeutsche Truppen in russischen Diensten eine erhebliche Rolle spielen.

Rein Notenumtausch.

Durch Sonderdepeche wurde vom Reichsfinanzministerium amtlich bekannt gegeben, daß aufgrund der Besprechungen mit einem großen Kreis von Sachverständigen über die Frage der Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht der Reichsminister des Finanzes nicht beabsichtige, einen Umtausch des deutschen Papiergelds vorzuschreiben. Die Abstempelung der Banknoten usw. sei überhaupt nie in Frage gekommen.

Die vielumstrittene Frage ist darnach als erledigt anzusehen. Als sie vom Reichsfinanzminister Erzberger bei der großen Steuerdebatte in der Nationalversammlung am 16. August angeschnitten wurde, erhoben sich sogleich Bedenken, ob der sehr löbliche Entschluß, die verborgenen Kapitalien aus ihrem Versteck zu ziehen und der Verschleppung ins Ausland einen Riegel vorzuschleppen, auf diesem Wege gelingen werde; die Abstempelung der an Stelle der alten Noten auszugebenden Papiere wurde von sachverständiger Seite bei der ungeheuren Zahl der in Frage kommenden Noten für undurchführbar erklärt. Trotzdem wollte der Reichsfinanzminister an seinem Plan festhalten, überzeugt, daß wo ein Wille ist, auch ein Weg gefunden werden kann. Das wäre unzweifelhaft richtig, wenn Deutschland nach einer Seite hin wirtschaftlich abhängig wäre. Aber darin liegen eben die Schwierigkeiten. Die ausländischen Vörzen beantworteten den Plan des Notenumtausches bündlich sofort mit einem unerhörten Sturz des Kurses der Reichsmark und die finanzmächtigen Amerikaner drohen, Deutschland jeden Kredit zu entziehen und die Reichsmark überhaupt nicht mehr als Zahlungsmittel anzuerkennen. Der Widerstand des Auslands hat uns einige hundert Millionen Mark gekostet. Der Plan war also nicht zu verwirklichen. Und so hat sich der Reichsfinanzminister entschlossen, ihn fallen zu lassen. Kaum war über die Nachricht ins Ausland gelangt, da festigte sich der Markkurs auch schon wieder. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet bestätigend aus dem Haag, daß der Kurs der Banknoten steigt und zwar auf die Meldung hin, daß der Notenumtausch nicht Latzjahe werden soll. Amerika betätigte Käufe, die in die Millionen gehen.

Neues vom Tage.

Die Botschaft für den Kaiser.

Wien, 27. Aug. Nach der „Köln. Volksztg.“ haben sich die deutschen Bischöfe wiederholt an den Papst gewandt, er möge seinen Einfluß bei den Verbänden wächtig geltend machen, daß von der Forderung der Auslieferung des Kaisers Abstand genommen werde.

Neue Wahlen.

Berlin, 27. Aug. In den Landesausschüssen des Fürstentums Lippe wurden nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ gewählt: 11 Mehrheitssozialisten, 8 Deutsch-Nationale, 6 Demokraten, 1 Unabhängiger. Gegen die letzten Wahlen vom 23. Februar gewannen die Deutsch-Nationalen 1190 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 159, wohingegen die Demokraten 927 Stimmen verloren und die beiden sozialdemokratischen Parteien 1354 Stimmen einbüßten.

Der Kohlentransport.

Essen, 27. Aug. Die Wagengestellung für den Abtransport von Brennstoffen war zu Beginn der vergangenen Woche äußerst ungenügend. Die Durchführung von teilweisen Sperren und Verhängung einer gänzlichen Sperre am 22. August für Annahme anderer Güter bestärkte sich die Verhältnisse nicht unwesentlich. Im Werktagdurchschnitt wurden in der vergangenen Woche rund 15000 Wagen gestellt, während rund 5600 fehlten.

Dabei ist, wie von zuständiger Seite geschrieben wird, zu berücksichtigen, daß die Betriebsmittel namentlich der nordwestdeutschen Wasserstraßen zur Zeit bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgenutzt sind. Während z. B. im April 1918 der Umschlag der Kanalzechen 25000 Tonnen arbeitstäglich betrug, so kann eine derartige Leistung im Umschlag und eine entsprechende Ausnutzung der Schleusen und der Wasserstraßen unter den veränderten Verhältnissen heute bei weitem nicht erreicht werden. Einmal ist neben dem Rückgang der Arbeitsleistung die Be- und Entladezeit gegen früher erheblich kürzer, zum andern ist infolge der geringeren Leistung der Dampfer die Schleppzeit bedeutend verlängert. Dazu kommt der zurückgehende Wasserstand des Rheins und der Weser.

Der Donauverkehr in englischer Hand?

Berlin, 27. Aug. Aus Budapest wird dem „Berl. Lokalanz.“ mitgeteilt: Wie hier mit großer Bestimmtheit verlautet, hat ein großes englisches Konjunktum die Aktienmehrheit aller ungarischen und deutsch-österreichischen Donaudampfschiffahrtsgesellschaften in seinen Besitz gebracht, wodurch fast der gesamte Donauverkehr in die Hände der Engländer geraten ist.

Köln, 26. Aug. Nach der „Cologne Post“ ist Sir Harold Arthur Stuart zum englischen Bevollmächtigten der Interalliierten Hohen Rheinlands-Kommission ernannt worden.

Bankbeamtenstreik.

Dresden, 27. Aug. Die hiesigen Bankbeamten wollen am 1. September die Arbeit niederlegen, nachdem die Bankleitungen abgelehnt haben, einen Tarifabschluss bis zum 20. ds. Mts. zu unterzeichnen.

Reichart verhaftet.

Berlin, 27. Aug. Der entflohene Volksbeauftragte für Heeresangelegenheiten der Münchener Räterepublik, Reichart, soll dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, gestern in Berlin verhaftet worden sein.

Neue Stürme in Oberschlesien.

Stettin, 27. Aug. Der Untersuchungskommission der Entente, die hier eingetroffen ist, wurden wichtige Beweise vorgelegt, daß die Führer des Aufstands Polen deutscher Staatsangehörigkeit sind. Sie hatten schon vor dem Ausstand Listen von Deutschen aufgestellt, die verhaftet oder verschleppt werden sollten. Dabei sind unerhörte Greuel verübt worden. — Am 1. September war ein neuer polnischer Angriff festgesetzt. Ueber der polnischen Grenze sind starke Ansammlungen polnischer Truppen festgestellt. Die Zahl der bewaffneten Heberläufer aus Polen, die sich in Oberschlesien aufhalten, und der Legionäre werden auf 80000 Mann geschätzt. Alle sind gut bewaffnet. Bei abgegangenen polnischen Kurieren wurden genaue Verzeichnisse der deutschen Stellungen vorgegeben. Der polnische General Haller soll den Befehl gegeben haben, keinen Angriff auf die Deutschen zu unternehmen, ehe er nicht nach Rücksprache mit der Interalliierten Kommission den Befehl dazu gebe. Die Unterweisungen lassen aber den Befehl unbestimmt.

Aus Serbien zurück.

Kugsburg, 26. Aug. Gestern sind weitere 250 Angehörige der ehemaligen Heeresabteilung Schoch aus der Gefangenenschaft in Serbien im Lager auf dem Lechfeld eingetroffen und dort feierlich empfangen worden.

Die Arbeiter zum Wiederaufbau.

Paris, 27. Aug. Havas meldet, zum Wiederaufbau im Kriegsgebiet werden von Deutschland 6 bis 700 000 Arbeiter auf mindestens 6 Monate, vom Oktober bis ds. 38. ab, angefordert werden.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 27. Aug. Der Oberste Rat teilt der deutschen Abordnung mit, daß sogleich nach Genehmigung des Friedensvertrags eine Kommission für nach Deutschland begeben werde, um die Ausführung der Vertragsbedingungen betreffend die Schiffahrt zu überwachen.

Paris, 27. Aug. Der Wirtschaftsrat hat die rumänische Regierung benachrichtigt, daß infolge ihres eigenmächtigen Vorgehens keine Lieferungen von Waffen und Munition nach Rumänien mehr erfolgen werden.

Das Kabinett Friedrich vorgeladen.

Budapest, 27. Aug. Laut Ung. Tel. Korz. Vargingen dem zurücktretenden Kabinett Friedrich aus allen Teilen des Landes und allen Schichten der Bevölkerung zahlreiche Rundgebungen zu, in denen das Ministerium aufgefordert wird, auf jedem Platz zu verbleiben. Von französischer Seite ist dem Ministerpräsidenten Friedrich die Aufforderung zugekommen, daß drei Mitglieder der Regierung in Paris vor der Friedenskonferenz erscheinen.

Rumänien und Serbien.

Berlin, 27. Aug. Das „Berl. Tagebl.“ bringt eine Meldung des „Corriere della Sera“ über ein Zunehmen der serbisch-rumänischen Spannung. Serbien erließ darnach ein Einfuhrverbot für rumänische Waren, während die Rumänen an der serbischen Grenze Truppen zusammenziehen.

Der Friedensvertrag in der franz. Kammer.

Paris, 27. Aug. (Havas.) Die Kammer begann gestern die Beratung über den Friedensvertrag. Oberst Alberti bedauerte, daß der Vertrag so viele Lücken aufweise, aber er gebe doch Genugtuung für Frankreich und stelle Polen wieder her. Die durch den Völkerbund gegebenen Garantien seien ungenügend. Das französisch-englisch-amerikanische Sonderabkommen Bündnis gegen Deutschland bedeute den Angelpunkt des künftigen Friedens. Es müßte aber ergänzt werden durch ein französisch-italienisch-belgisches Bündnis, damit sich Deutschland nicht mehr der großen Operationsbasis bedienen könne, um seine räuberischen Pläne auszuführen. Dieselbe muß deshalb von Truppen des Völkerbunds besetzt bleiben. Journier bedauerte, daß der Friedensvertrag ein einiges Deutschland anerkenne. Er verlangte die Ausrückung eines internationalen Parlaments.

Besetzung Oberschlesiens?

Paris, 27. Aug. Reuters meldet, der Oberste Rat hat an General Dupont, den Vorsitzenden der Entente-Kommission für Oberschlesien, telegraphiert, das einzige Mittel zur Herbeiführung der Ordnung in Oberschlesien und der Vermehrung der Kohlenförderung werde die Besetzung durch die Alliierten sein. Von Deutschland sei kein Widerstand zu erwarten, da die deutsche Friedensabordnung selbst die Besetzung vorge schlagen habe. Von französischer Seite wird letztere Behauptung, nach B.T.V. für falsch erklärt. Die deutsche Regierung habe nie auf ihre Hoheitsrechte in Oberschlesien verzichtet. Uebrigens sei festzustellen, daß die Reutermeldung durch die Einwidmung der Dinge in Oberschlesien nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung überholt sei.

Kattowitz, 27. Aug. Die Pressestelle des Staatskommissariates in Kattowitz meldet: Der Generalstreik laufe so gut wie für erledigt gelten.

Der Krieg im Osten.

London, 27. Aug. Die „Times“ meldet aus Helsinki, daß die Finnen, Estländer und Russen wahrscheinlich nicht in der Lage sein werden, Petersburg noch vor dem Winter zu besetzen. Die Estländer sind nicht geneigt, vorzumarschieren, bevor die Alliierten ihre Unabhängigkeit formell anerkannt haben, während die finnische Mitarbeit zweifelhaft ist, seitdem die finnischen Sozialdemokraten den General Mannerheim bei den Präsidentenwahlen geschlagen haben. Man erwartet, daß die Bolschewiken an der Front eine starke Offensive unternehmen werden, um einen Durchbruch zu versuchen. Gegenwärtig wird eine große bolschewistische Truppenmacht an dieser Front zusammengezogen. In Finnland führen Bolschewiken eine lebhaft propagandistische, Gewehre und Bomben, sowie eine große Menge Munition sind nach Finnland geschmuggelt worden. Trotz ist an der Front sehr tätig. In seinem Eisenbahnzug wird ein besonderes Blatt gedruckt, in dem er die Bauern auffordert, das rote Heer mit Lebensmitteln zu versorgen.

Einwanderungsbeschränkung in Amerika.

Washington, 27. Aug. Reuters meldet: Wilson verlangt in einer Botschaft an den Kongreß, das während des Kriegs erlassene Gesetz noch ein Jahr über den Friedensschluß in Kraft zu lassen. (Das Gesetz richtete sich in erster Linie gegen die Einwanderung der Deutschen.)

Mexiko und die Union.

London, 27. Aug. Die „Westminster Gazette“ meldet aus New York, Wilson habe eine lange Unterredung mit Lansing über die mexikanische Frage gehabt; die Vereinigten Staaten werden ihre Truppen nicht aus Mexiko zurückziehen, bis alle, die an der Gefangenahme der amerikanischen Flieger beteiligt waren, bestraft seien.

Amsterdam, 27. Aug. Nach Pressebureau Radio meldet „New York Sun“ aus Washington, daß die Pläne für ein Einschreiten der Vereinigten Staaten zu Wasser

und zu Lande in Mexiko fertiggestellt seien. Die Vereinigten Staaten werden die mexikanischen Angelegenheiten ebenso vollständig übernehmen, wie seinerzeit die Kubanischen, da Mexiko „vollständig verfallen“ sei. (1)

Die Armeniergrenze.

Holland, 27. Aug. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Die alliierten Untersuchungskommissionen haben den Bericht über die Armeniermorde im Jahre 1915 abgeschlossen. Darnach haben 75 000 Armenier durch Nord der türkischen Behörden ihr Leben verloren und 70 000 sind auf der Flucht angekommen. (2)

Mein Sedantag mehr.

Berlin, 27. Aug. Der preussische Minister des Innern hat verfügt: Das am Gedächtnistag der Schlacht von Sedan die öffentlichen Gebäude besetzt werden, entspricht nicht mehr den Zeitverhältnissen. Unter Volk soll in dieser Zeit tiefsten Anglitzes nicht durch demonstrative Erinnerungen an frühere Siege darüber hinwegtäuscht werden, daß all sein Denken und Streben einer neuen Zukunft gewidmet sein muß. Das Aufziehen der Flaggen auf den öffentlichen Gebäuden würde Stoff zu Konflikten geben. Beide Kreise würden darin Demonstrationen für den verflochtenen Verichungsstand sehen und an dem Willen der Regierung zu einer neuen Politik zweifeln. Es ist deshalb bei den dem Ministerium des Innern unterstehenden öffentlichen Gebäuden am Sedantage von dem Aufziehen von Fahnen Abstand zu nehmen.

Die Kohlenfrage.

Im „Staatsanzeiger“ wird amtlich geschrieben: Zur Deckung des Brennstoffbedarfs für den Hausstand wurden in gewöhnlichen Zeiten in Württemberg verwendet: Kohlen, Koks usw. rund 1 000 000 Tonnen = 72 Prozent, Brennholz, d. h. in Raummeter aufbereitetes über 7 Zentimeter starkes Holz aus den württembergischen Staats-, Gemeinde- und Privatwaldungen zu 1,3 Millionen Raummeter, dem Heizwert nach 7,8 Millionen Zentner Kohlen oder 390 000 Tonnen = 28 Prozent. Württembergischer Torf 240 000 Zentner mit einem Heizwert von je 0,375 Zentner Kohlen = 90 000 Zentner oder 4500 Tonnen = 0 Prozent zu 1 394 500 Tonnen rund 1,4 Millionen Tonnen.

Hieraus geht hervor, wie sehr in gewöhnlichen Zeiten das Brennholz und wie weit vollends der Torf gegenüber der Kohle an Bedeutung zurücksteht.

Angenommen nun, der Kohlenbedarf wäre entsprechend der allgemein gebotenen äußersten Sparlichkeit in der Brennstoffverwendung gegenüber dem gewöhnlichen Bedarf von 1 Million Tonnen für den nächsten Winter nur auf 0,7 Millionen zu veranschlagen, von denen 0,3 Millionen Tonnen durch Kohlen wirklich gedeckt werden können, so wären noch 0,4 Millionen Tonnen Kohlen durch Holz zu ersetzen.

Da der gesamte Brennholzanfall in Friedenszeiten seinem Heizwert nach 390 000 Tonnen Kohlen gleich gestellt ist, so ergibt sich, daß zur Deckung des Kohlenausfalls eine Brennholzmenge erforderlich wäre, die den gesamten Brennholzanfall eines ganzen Jahres gleich käme.

Nun hat die Staatsforstverwaltung die Forstämter beauftragt, im Sommer mit Brennholzfällungen über all, auch in Laubholzbeständen, fortzufahren und nebenher untauglich viel Stochholz aufbereiten zu lassen. Allein es ist wegen mangelnder Arbeitskräfte unmöglich, in den Sommermonaten soviel Brennholz aufzubereiten, als sonst im ganzen Jahr anfällt, mit anderen Worten der Brennholzanfall des ganzen Jahres zu verdoppeln. Es kommt in Betracht, daß in Württemberg reine Brennholzbestände eine Ausnahme bilden, daß vielmehr bei der Holzfällungen, selbst dann wenn geringwertiges Nuppholz in Brennholz aufgesägt wird, der Anteil des letzteren am Gesamtholzanfall höchstens 50 Prozent beträgt.

Wegen des mindestens 50 Prozent betragenden Nuppholzanfalls ist die Verwendung von Erwerbslosen aus den Städten nur in beschränktem Umfang möglich. Zur Aufbereitung von Nuppholz sind geübte Holzhauer erforderlich. Erwerbslose vom Lande sind aber in großer Zahl unter die Holzhaue schon eingestellt; sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Gesamtholz aufbereitung in der Weise zu steigern, wie dies geschehen ist.

Wenn, wie aus der Einleitung hervorgeht, der Torf noch nicht einmal ein Prozent des Brennstoffbedarfs liefert, so ist damit schon erwiesen, daß er in neuemvertem Umfang für den Kohlenausfall nicht eintreten kann. Die mit Maschinen ausgearbeiteten oberhalbischen Torfriebe liefern zusammen noch nicht 200 000 Zentner Maschinentorf = 3600 Tonnen Kohlen. Dagegen hat sich ein sehr bedeutender Stichtorfbetrieb namentlich auf den in Gemeindefeldern und bäuerlichem Besitz befindlichen Torfseiden eingestellt, wozu in erster Linie die hohen Torfpreise Anregung gaben. Ebenso haben sich die Brennstoffhändler zufolge der Preissteigerung um Einfuhr von Torf aus Baden und aus Norddeutschland mit gutem Erfolg bemüht. Dieser Erfolg war aber davon abhängig, daß die Zufuhr nicht durch Höchstpreisfestsetzung beschränkt wurde. Wären Höchstpreise festgesetzt worden, so hätte entweder die Zufuhr notgelitten, oder die Höchstpreise wären auf dem Papier stehen geblieben, wie dies auf allen Gebieten des Versorgungsweins beobachtet werden kann. Bedauerlich ist selbstredend die ungeheure Preissteigerung bei dem trotzdem sehr minderwertigen oberhalbischen Stichtorfe; und es darf wohl darauf hingewiesen werden, daß der Preis, wenn er sich für den Zentner auf 10 Mark und höher für den Verbraucher stellt, dem Heizwert nach gegenüber von Holz viel zu hoch ist. Der Heizwert ist im Torfe ist kaum gleich zwei Drittel der gleichen Schwichtmenge Holz. Letzteres aber kauft man zurzeit im Zentner noch um 7,50 Mark. Die Bedeutung des Torfes wird auch nach dieser Richtung sehr überschätzt.

Was uns in unserer Brennstoffnot allein nachhaltig

helfen kann, ist die erhöhte Forderung und die vermehrte Beizabr von Koksle.

(1) Stuttgart, 27. Aug. Die württ. Handelskammern haben in einer dringenden Eingabe an das Arbeitsministerium sofortige Not- und Hilfsmaßnahmen zur Kohlenversorgung Württembergs verlangt, das unter den Bundesstaaten mit am schwersten von der Kohlennot betroffen werde.

In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins teilte Gemeinderat Stetter mit, daß von Ost bis August d. J. bereits 40 000 Raummeter Holz von der Stadtverwaltung Stuttgart an die Einwohnerchaft abgegeben worden seien gegen 28 000 im ganzen Vorjahr. Die Stadt werde weitere Maßnahmen zur Abhilfe gegen die Gas- und Kohlennot treffen.

In der Infantenkauf der Demokratischen Partei Stuttgart sprach Gemeinderat Böttger die Befürchtung aus, daß die künftigen Gas- und Elektrizitätswerke auf Wochen stillgelegt werden müßten, wenn die Kohlenzufuhr sich nicht bessert. Für Stuttgart sei für die nächsten Monate eine den Verhältnissen angepaßte Einstellung der Arbeitszeit, früherer Ladenschluß, Nationalisierung des Gasverbrauchs, Einschränkung der Betriebsstätten im Gewerbe, bei Theatern, Schulen, Gasthäusern usw. geplant.

Württemberg.

(1) Stuttgart, 27. Aug. (Uebergabe des württembergischen Truppenkontingents.) Zusammen mit dem Reichspräsidenten Ebert kommt auch der Reichswehrminister Noske morgen nach Stuttgart. Dabei wird, wie neulich in München, die Uebergabe des württembergischen Truppenkontingents an die Reichsleitung erfolgen, was die endgültige Aufhebung des Württ. Kriegsministeriums bedeutet.

(2) Stuttgart, 27. Aug. (Das Befinden des Staatspräsidenten.) Staatspräsident Ebert kommt heute beim Besuch des Reichspräsidenten in Stuttgart nicht an. Sein Befinden ist zwar auf dem Weg der Besserung, aber er muß noch einige Zeit in der Behandlung eines Spezialarztes bleiben.

(3) Jettbach, 27. Aug. (Zur Nachahmung.) Sonntag nacht gegen 10 Uhr wollten zwei Burtschen einen Birnbaum am Bahnhof erleichtern. Dem Besitzer aber scheinen die Birnen noch nicht reif genug und er verabsolgte einem der Burtschen eine Tracht Prügel, daß er unter Weinen, Bitten und Flehen versprach, nie mehr an die Birnen zu gehen. Der zweite der Burtschen kam mit dem Schrecken davon. Ob sie nun, wie vorher versprochen, auch die Birne ehrlich geerntet haben? („Fellb. Tagebl.“)

(4) Kall D. D. Derrenberg, 27. Aug. (Tödlicher Sturz.) Der 70jährige Kirchengemeinderat Jakob Reutlicher stürzte so unglücklich in der Scheune ab, daß er nach wenigen Stunden verschied.

(5) Gröningen D. D. Nüringen, 27. Aug. (Brand.) In dem Anwesen des Bauern Friedrich Rau brach Feuer aus, das die mit Garben dicht angefüllte große Scheune in Asche legte. Brandstiftung wird vermutet.

(6) Gmünd, 27. Aug. (Winaus in die Ferne.) Der Vereit des Schuhmachermeisters Baris in Spraitbach bekam plötzlich den Wanderrtrieb und verabschiedete. Nachher machte der Reiter die unangenehme Entdeckung, daß von seinem Geld etwa 1000 Mark fehlten. Nach dem Wanderrückzug wird jetzt gefahndet.

(7) Wöhrmühl, 26. Aug. Am 22. ds. Mts. wurde Kaufmann Karl Krieger, im Argwohn des Schillers, hier beerdigt. Der Verstorbene, ebenfalls dichterisch veranlagt, hatte Schillers Schwöster Luise zur Großmutter, die an den Pariser Magister Johann Gottlieb Franch verheiratet gewesen war. („Postillon.“)

Vom Pferdehandel.

Der Präsident des Württ. Pferdezuchtvereins, Fürst Waldburg-Wolfegg, schreibt im „Landwirtsch. Wochenblatt“:

In letzter Zeit werden auch im Juchgebiet des Halbbhutpferds (Oberland) Fohlen belgischen Schlags von Händlern mit so großem Eifer eingeführt und zum Verkauf gebracht, daß ich es für meine Pflicht halte, die Mitglieder aufzuklären, da sich nur unsere Halbbhutpferde gefährdet, sondern auch der Bauer geschädigt werden könnte. Der Preis dieser belgischen Fohlen ist infolge anferes schlechten Grades ein unverhältnismäßig hoher. Was ist wohl der Zweck dieses pöblichen Heringwerfens solcher Fohlen? Frankreich und Belgien verlangen die Zurückgabe einer sehr großen Zahl von zur Zucht geeigneten Pferden des schweren Schlags. Württemberg muß sich an dieser Abgabe so stark beteiligen, daß die Halbbhutpferde schwer geschädigt wird. Heute beglückt man die Bauern und nach einigen Monaten kommt derselbe Händler und sagt: Ich bin beauftragt, den Verkauf der abzurückenden belgischen Pferde vorzunehmen, kann aber keine so hohen Preise mehr anlegen! Warum fallen jetzt die leichteren Pferde im Preis und sucht der Händler möglichst viele zu erwerben? Weil er weiß, daß nach Ueberlieferung der schweren Pferde der Bauer wieder Pferde kauft und nur Aufrechterhaltung seines Betriebs aufreidiere zu jedem Preise haben muß.

Baden.

(1) Karlsruhe, 27. Aug. Der Verein der Lichtspieltheaterbesitzer Badens und der Platz hielt gestern nachmittag eine stark besuchte Versammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Jenseitfrage befaßte. Die Mehrzahl der Teilnehmer war der Ansicht, daß man sich freiwillig einer Jenseit unterwerfen sollte. Es wurde beschlossen, dem Ministerium vorzuschlagen, daß jeder Film vor der Vorstellung einem Beamten vorgeführt werde, der dann über seine Zulassung zu entscheiden hätte.

(2) Pforzheim, 27. Aug. Wegen der Unregelmäßigkeiten beim städt. Lebensmittelamt ist ein Vortragender Rat des Ministeriums des Innern beauftragt worden, die erforderlichen Erhebungen anzustellen.

(-) **Bruchsal**, 27. Aug. Eine Bezirksversammlung des Zentralverbands christlicher Tabakarbeiter sprach sich gegen die Monopolisierung der Zigarettenfabrikation aus und verlangte einen Reichslöhntarif für die Tabakarbeiter. Die Versuche, die Arbeiter zu Streiks und Putschern zu verleiten, wurden entschieden abgelehnt. Der Verband zählt in Baden 11 000 Mitglieder in über 100 Ortsgruppen.

(-) **Freiburg**, 27. Aug. Der Stadtrat hat die Frage der Übernahme der hiesigen Lichtspielhäuser in städtischen Betrieb einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen. — Der Badische Banenverein hat nach einer Mitteilung in seinem neuesten Vereinsblatt die Mitgliederzahl von 91 500 überschritten.

(-) **Dörlinbach**, b. Ettenheim, 27. Aug. In dem kleinen Ort Dörlinbach spielten zwei schulpflichtige Knaben mit einer Schusswaffe, die sich plötzlich entlad und ein 16jähriges Mädchen namens Josefine Himmelsbach tötete.

(-) **Singen-Hohentwiel**, 27. Aug. Die Unsicherheit im Bodenseegebiet nimmt ständig zu. An einem der letzten Abende wurde ein Mädchen auf dem Weg von Singen nach Friedlingen von zwei Unbekannten in mitten des Waldes überfallen und ihrer Barschaft beraubt.

Die Pfalz und ihr!

Ja ihr alle, die ihr in Deutschland wohnt, — wisst ihr um die Not der Brüder in der Pfalz? — Ihr wisst darum! — In allen Versammlungen spricht wenigstens ein Redner von den Volksgenossen über dem Rhein. Spricht von „Treue halten“ und „unantastbarem Gedenken“. Und ihr klatscht Beifall und sagt vielleicht auch: „Die armen Brüder“ — — und jost? — — Ein klein wenig Reiz mischt sich in dieses pflichtschuldige Mitleid. Die haben noch Speck und Schinken, Seife und Tabak, alles in Hülle und Fülle, und was vielen noch mehr scheint — Ruhe haben sie — keine wilden Streiks, keine Putsch — keine Lebensmittelkrawalle. Zum Schluss regt sich schließlich etwas wie: „Die sollten doch zufrieden sein. Nach 10 bis 15 Jahren sind sie wieder bei uns“. — Aber ganz leise nur sagt ihr euch das, so ganz im stillen. Ihr fühlt ganz fern, daß es doch — vielleicht nicht ganz so fern könnte.

Aber, ich sage euch allen, ich schreie euch allen zu: Es gehört mehr zum Leben wie Speck und Brot. Es gehört mehr zum Leben als Ruhe und Ordnung. Das höchste bleibt Freiheit! — Und die haben die Deutschen dort nicht.

Nicht Kirchhofruhe ist im Lande. Verzweiflung hoch dumpf und stumpf in allen Ecken, lastet auf allen Menschen dort, die an Deutschland glauben, die auf Deutschland hoffen.

Ihr hört nichts mehr von den lauten, lärmenden Kämpfen der ersten Zeit, als Haas und Genossen das: „Los von Deutschland“ riefen. Als sie die neutrale Pfälzische Republik am Wängelband Frankreichs ausrufen wollten. Herr Haas und seine Helfer sind keine Pöbler. Um anderer Dinge willen ist es scheinbar so ruhig in der Pfalz.

Die Franzosen merken bald: Ausweichen, einperren, offen unterdrücken, alles Deutsche totmachen, ganz öffentlich, das stempelte viele zu Märtyrern und Mitleid hält das Volk wach. Also heimlich wählen, graben, werben. Die paar Menschen, die öffentlich ihre Meinung sagen, sind leicht zum Schweigen gebracht.

Es könnte das Volk aufreizen, wenn jemand ehrlich sagte, wir sind deutsch. Und zu was hat man die Fenjur? — Aber an den weißen Stellen in den pfälzischen Tageszeitungen könnten die Leser merken, daß dort Sätze stehen, die den Franzosen und ihren Freunden (so nennt General Gerard die Herren Haas, Hofer und Scheul) nicht passen. — Darum Anzeigen in den „Heimblätter“. Warum sollten die Blätter sich ihren Abonnenten nicht im Textteil empfehlen. — Der Betrug gelingt, und die Masse des Volks glaubt nicht mehr an die strenge Fenjur.

Die „Freie Pfalz“, von französischem Gelde genährt, von einem Nichtpfälzer redigiert, schreibt Tag für Tag, wie schlimm es in anderen Deutschland steht. Malt den Wahnsinn der Streiks, der Putsch und Revolten, die Ohnmacht der Regierung, übertrudelt und jährt alles düster. — Staatsbankrott, gewaltige Steuern, Chaos! Das ist das unbesetzte Deutschland. Und die „Freie Pfalz“, die kleine Republik, neutral unter dem Schutze Frankreichs? — Deutschland muß ja alles zahlen. Die Pfalz bleibt bewahrt vor der Steuerlast. Die Kart gilt dann wieder 1 Frank 25 Cent! Heute nur 40 Cent! Sind das nicht herrliche Aussichten?

Agitatoren ziehen heimlich als Touristen, als Weinreisende, als Händler, als Käufer und Verkäufer von Haus zu Haus. In schwarzen Farben malen sie die Zukunft Deutschlands. Und manche fallen ab.

Aber die, die weiter kämpfen um dieses deutsche Land, man macht sie mundtot. — Versammlungen sind verboten, nur die „freien Pfälzler“ dürfen reden. Den anderen gibt man keine Pässe, man überwacht jeden ihrer Schritte — ganz heimlich — man hindert sie an jeder Ansprache, auch im kleinsten Kreis. — Und die Zeitungen müssen schweigen!

Aber die Pfalz und die Pfälzer sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Im Lande selber sind jenen die Hände gebunden und der Mund verschlossen. Der Frank will und arbeitet unentwegt.

Diese Pfalz, dieser Garten Deutschlands, wer sie kennt, weiß, daß man sie begehren möchte. — Darum müßt ihr helfen im freien Deutschland, daß dieses Land deutsch bleibt.

Dieses Land voll alter deutscher Kultur, das ein Symbol deutscher Freiheit ist, von dem Siebenpfeiser die Worte ins Land rief voll heiligen Glaubens an „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Völkerebund“.

— unge vor Wilson!

Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: In mehreren Zeitungen Badens ist kürzlich ein Artikel „Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft“ erschienen, in welchem verlangt wird, daß dem badischen Staat selbst die Möglichkeit der Ausgestaltung der Elektrizitätswirtschaft gewahrt bleibe. Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß der Entwurf eines Reichsgesetzes betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft eine Bestimmung enthält, die die Verwirklichung jener Wünsche ermöglicht. Nach Paragraph 15 des Entwurfs kann nämlich das Reich die ihm nach dem Gesetz zustehenden Befugnisse für das Versorgungsgebiet eines oder mehrerer Länder oder Teile von diesen den Ländern auf ihren Antrag übertragen. Es wird, wenn der Entwurf zum Gesetz erhoben wird, Sache einer klug geführten Verhandlung sein, das Reich von der Notwendigkeit dieser Übertragung zu überzeugen und dem badischen Staat die erforderliche Selbständigkeit in der Gestaltung seiner Elektrizitätswirtschaft zu wahren.

In dem Artikel wird weiter gesagt, Deutschland müsse sich mit der Rheinfront begnügen, die ihm die gegenüberliegenden Uferstaaten freiwillig überlassen; ein rechtlicher Anspruch auf Strom bleibe Deutschland nicht. Diese Auffassung trifft wohl zu auf das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich, nicht aber auf dasjenige zur Schweiz. Nach Artikel 358 des Friedensvertrags kann die Schweiz nicht das Recht der alleinigen Ausnutzung der Wasserkraft in der badisch-schweizerischen Strecke des Oberrheins geltend machen, sondern nur beanspruchen, daß ihr auf dem badischen Ufer die Geländeplätze, deren sie zum Ausbau von Kraftwerken bedarf, unter denselben Bedingungen überlassen werden, wie dies bei Frankreich an der badisch-elfassischen Strecke des Rheins der Fall ist. Dagegen muß im Hinblick auf den Wortlaut des Friedensvertrags daran festgehalten werden, daß das Recht der Schweiz auf Nutzung der Wasserkraft selbst nach den bisher geltenden oder weitergehenden mit der Schweiz zu vereinbarenden Bestimmungen richtig ist.



Zum Ableben des Vorsitzenden der deutsch-der-ökalischen Partei Dr. Friedrich Naumann

Vermischtes.

Kohlenfunde. Der Geologe Dr. Westwerdt hat in Hannover am Nordhang des Teutoburger Waldes ein abbaufähiges Steinkohlenlager festgestellt. Die 1891 entdeckte Zeche Friedrich-Wilhelm bei Dornberg (Kreis Bielefeld) und der Abbau der sich anschließenden Kohlenfelder, die sich bis Dorna bräun hinstrecken, sollen voraussichtlich in Angriff genommen werden.

Gattenmord. In Blausfelden hat der 37jährige Hausierhändler Karl Jauner von Waghbach, O. M. Mergenthaler seine Frau im Schlaf ermordet. Darauf ergriff er die Flucht und verblüdete und Herblüde von hohem Wert an Kohlen werden.

Wilde Reichen. In einem Verkehrsazarett in Dresden wurden Unterschlagungen und Kettenhandel mit Lebensmitteln festgestellt im Betrag von mehr als einer Million Mark. — In dem Kurort Bisher Hirsch bei Dresden überfielen 40 bewaffnete Banditen, teilweise in Uniform, nach einer Spielereisellschaft und nahmen ihr alles Geld und Wertgegenstände. Da die Gäste mit Spielmarken spielten, war die Beute an Wert nicht erheblich.

Erschossener Flüchtling. Ein deutscher Kriegsgefangener, der in Catand verhaftet, über die Grenze nach Holland zu flüchten wollte, wurde von den Belgiern erschossen.

Cholera in China. Die „Times“ meldet, die Cholera breitet sich im Norden Chinas weiter aus. In Mukden sollen täglich 50 Personen der Krankheit zum Opfer fallen.

Witzbühnen. Am Dienstagabend wurde die Stadt Neuchâtel (Belgien) von einem heftigen Wirbelsturm heimgesucht, der die dortigen Schanden anrichtete. Es gab mehrere Verletzte.

Vofales.

— **Die ev. Landeskirchenversammlung** in Württemberg wird voraussichtlich im Oktober einberufen werden.

— **Die neuen Weinpreise.** In Versammlungen des dem Weingärtner-Bunds in Strampfelbach und Schnaidt wurde vorgeschlagen, gemeinsam mit dem Winzerverband und dem Verband Württ. Weinhändler die heutigen Weinpreise für die einzelnen Gegenden festzusetzen, sobald sich ein Eingreifen der Regierung erübrige. Für Qualitätsweine sollen prozentuale Zuschläge gemacht werden. Bei gutem Ausfall der neuen Ernte werde mit den vorjährigen Preisen zu rechnen sein.

— **Ausfuhrverbot.** Das schweizerische Volkswirtschaftsamt hat die Ausfuhr von Schu h w a r e n vollständig verboten.

— **Holz für Kohlen.** Das Reichswirtschaftsministerium will sich die Ermächtigung der Reichsregierung und der Nationalversammlung erteilen lassen, das Schlagen von Holz für die beiden Wirtschaftsjahre 1919/20 und 1920/21 im ganzen Reich um ein Drittel (von 39

Millionen Festmeter vor dem Krieg auf 53 Mill. Festmeter) zu steigern. Die Schlagmenge soll auf die Einzelstaaten nach ihrem Waldbestand umgelegt und den staatlichen, gemeindlichen und privaten Forsten sollen gewisse Mindestmengen auferlegt werden. Dabei soll in erster Linie die Waldungen in der Nähe der großen Städte in Frage kommen, um an Transportkosten zu sparen und die nötigen Arbeitskräfte leichter zu erhalten.

— **Güterwagen-Bestandsaufnahme.** Am 7. und 17. September werden auf allen Bahnhöfen der Staats- und Privatbahnen sämtliche Güterwagen aufgenommen, um den genauen Bestand zu ermitteln.

— **Süßstoff-Verteuerung.** Nach einer amtlichen Mitteilung wurde der Verkaufspreis für die Süßstoffbriefe, A-Packung, von 25 auf 50 Pfennig erhöht. Das ist eine Preissteigerung von nicht weniger als 50 Prozent.

— **Ziegenleder.** Eine Versammlung der deutschen Ziegenlederfabrikanten, die in Frankfurt a. M. stattfand, hat die Verpflichtung übernommen, diejenigen Mengen fertigen Leders, die den Zuteilungen der Kriegsgüter-A. G. an rohen Fellen für die Monate Mai und Juni 1919 entsprechen, zu den von dem Zentralausschuss der deutschen Lederverwirtschaftung vorgeschlagenen Richtpreisen innerhalb der nächsten drei Monate zu verkaufen, um einer plötzlichen sprunghaften Erhöhung der bisherigen Lederpreise entgegenzuwirken.

— **Der verpreiste Tausendmarktschein.** Die „Lahrer Zeitung“ berichtet: Ein Landwirt aus dem Schuttertal steckte sich ein Stück Zwiebelluchen in die Tasche, von dem er während der Arbeit abbis. Bald bemerkte er, daß ihm neben dem Kuchen auch Papier zwischen die Fäbne geriet und als er näher zusah, mußte er feststellen, daß er einen Tausendmarktschein, den er oje in der Tasche trug, zum größten Teil mitverzehrt

— **Kriegsgefangenen-Geld.** Die Generalkriegskasse hat mit der Reichsbank, der Seehandlung und einigen Privatbanken ein Abkommen getroffen über die Einwechslung des von den Heimkehrenden mitgebrachten Auslandsgelds. Während des mehrtägigen Aufenthalts in den Lagern werden die Beträge zu den von der Kriegskasse Berlin mitgeteilten Kursen ohne Abzug eingewechselt. Die Kurse werden auch in den Handelszeitungen veröffentlicht. Deutsches Lagergeld und fremdes Lager- und Notgeld, Schecks und Quittungen können nur bei den Durchgangslagern gewechselt werden. Jedoch können sie von den Banken zum Einzug hereingenommen werden. Um Spekulation bei sinkender Tendenz fremder Währungen zum Nachteil der Reichskasse zu verhüten, wird der Entlassungsschein der Heimkehrenden mit dem Stempel „Heimkehrgeld gewechselt, Firma“ gestempelt. So ist es unmöglich, Beträge bei mehreren Banken unterzubringen. Nicht umgewechselt werden Rubel, polnische Darlehensklassenscheine und Ukrainegeb.

— **Fremde Offiziere** sieht man gegenwärtig verschiedentlich in Kraftwagen durch die Orte fahren. Es sind dies Mitglieder der feindlichen Kommissionen, die nach den Bedingungen des Friedensvertrags die Waffen- und Munitionsbestände in Deutschland feststellen.

op. **Vorbildliche Bodenpolitik.** Die Gemeinde Kornthal in Württemberg, die am 22. ds. Mts. ihr 100jähriges Bestehen feierte, verdankt ihr hervorragendes wirtschaftliches Gedeihen, von dem u. a. ihre Steuerkraft Zeugnis ablegt, in erster Linie ihren gesunden Bodenverhältnissen. Von der feuerbaren Feldfläche gehören nämlich über 2/3 einer „Güterkaufsgesellschaft Kornthal“, die diesen Boden nicht zum Eigentum, sondern gegen einen festen Gesellschaftsanschlag zu dauernder Anmietung ausgibt. Stirbt der Aukunier, ohne direkte Erben zu hinterlassen, oder bebaut er sein Land nicht ordnungsgemäß oder gibt es auf, so fällt es an die Gesellschaft zurück. Damit ist der privaten Spekulation und dem Bodenwucher zum Heile des Ganzen ein fester Riegel vorgeschoben.

— **Lederwucher.** Der Bund deutscher Schuhmacherrinnungen, der neulich in Leipzig tagte, legte gegen die Verbeibaltung der Zwangsverwaltung, der Rückschafe und der Bezugspflicht Beschwerde ein. Sodann aber protestierte er scharf gegen den Wucher, der gegenwärtig im Hante- und Ledermarkt betrieben wird. Die „Lederzeitung“ schreibt: Wenn die Spekulation fortfähren, die Notlage des deutschen Volks durch gewissenlose Preistreiberereien auszunutzen, geht die Bevölkerung im Winter Zuständen entgegen, die eine erwidrigliche Schuhbeschaffung zur Unmöglichkeit macht. Deswegen ist es Pflicht der Regierung, durch ein zeitweiliges Ausfuhrverbot aller für den inländischen Bedarf benötigten rohen Häute und Felle, sowie durch zeitliche Festlegung von Höchstpreisen für rohe Häute und Felle dem Spekulantentum entgegenzuwirken.

— **Schieneupreiserhöhung.** Der Stahlwerksverband hat den Schieneupreis, auf den im Juli ein Aufschlag von 70 Mark die Tonne eingetreten war, ab 1. August um weitere 130 Mark erhöht.

— **Bachfest.** Der Leipziger Bach-Verein veranstaltet im Jahre 1920 ein Bach-Fest. Mit den Vorbereitungen ist bereits begonnen worden. Welche Werke Bachs zur Aufführung kommen sollen, ist noch nicht bekannt.

— **Die Vertriebenen.** Von den aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Gerichtsbeamten und Rechtsanwältlern haben bis jetzt 19 im württembergischen Justizdienst Verwendung gefunden. Die zweite Stadtpfarrstelle in Warbach a. N. wurde dem Pfarver Lehrer, bisher in Straßburg i. E., übertragen.

— **Auch die Hebammen.** Mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung ist den Hebammen die Ermächtigung erteilt worden, ihre Gebühren um die Hälfte zu erhöhen.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 28. August. Hiermit sei nochmals auf den heute Donnerstag Abend stattfindenden „Heiteren Abend der hiesigen Künstler“ aufmerksam gemacht, der Freunde einer heiteren Muse einige frohe und heitere Stunden bieten dürfte.

Calmbach, 28. August. Der vergangene Sonntag brachte unsern Kindern eine hübsche Theateraufführung. Die Königskinder, ein romantisch-komisches Märchen von Josef Pohl-Prantl, aufgeführt von 80 hiesigen und Wildbader Kindern. Dieselben spielten ihre Rollen ganz gut und machten den zahlreichen kleinen Zuschauern viele Freude. Könige, Prinzen, Zwerge mit ihren glänzenden Kostümen sind ja bei den Kindern immer gern gesehene Gestalten. Aber auch die Alten hatten ihr Vergnügen an dem drolligen Spiel der Kinder.

Calmbach, 26. August. Am Sonntag hielt die hiesige Ortsgruppe des Bundes für geistige Bekämpfung des Bolschewismus in der „Sonne“ eine Versammlung ab. Herr Forstmeister Dr. Ramm sprach in beredten Worten

über Entstehung, Wesen und Ausbreitung des Bolschewismus und führte uns vor Augen, wie der Bolschewismus bestrebt sei, alles zu zerstören. Da heiße es, das Bürgertum aufzurütteln um sich dagegen zu wehren. Herr Architekt Köppler sprach über die Wirkungen des Bolschewismus und über deren Greuelthaten in Rußland und Deutschland, namentlich in München. Die Beweggründe seien keine idealen sondern reale. Nicht die Freiheit der Menschheit sei ihr wirkliches Ziel sondern möglichst viel irdisches Gut zusammenzuraffen. Es sei an der Zeit, daß der deutsche Michel aufwache um deren Schandtaten durch Gegenwehr unmöglich zu machen. Mit einem Appell zum Beitritt in den Bund, schloß die Versammlung.

Tageschau.

„Daily Herald“ schreibt in einem Leitartikel: Die Gefahr des Zusammenbruchs Deutschlands sei zugleich eine Gefahr für England. Die Lage in Deutschland sei ein Teil der Lage in Europa und daher auch ein Teil der Lage in England. Deshalb dürfe man nicht das Ziel verfolgen, den Zusammenbruch Deutschlands zu fördern, indem man die deut-

schen Arbeiter, die deutschen Frauen und Kinder mit beiden Händen an der Gurgel würgte, sondern man müsse ihnen helfen, sich nach ihrem Zusammenbruch zu erholen, damit sich die Lebensmittel, Transport, Kohlen- und Finanzlage in der Welt bessere und damit vor allem ihre geistige und moralische Verfassung sich vom Zerfallen dem Schaffen zuwenden.

Die Pressstelle des Staatskommissariates in Rattowig meldet: Der Generalstreik kann so gut wie für erledigt gelten. Voll arbeiten alle staatlichen Werke und das Rybnitzer Revier. Das Zentralrevier arbeitet ebenfalls voll bis auf die Antonienhütten-Gruben, wo nur 30 bis 40% arbeiten. Im Plesser Revier arbeiten durchschnittlich 40 bis 50%. Die Arbeitsaufnahme der gesamten ober-schlesischen Belegschaften beträgt 95%.

Wie die „Agence Central“ aus Paris meldet, wird der Oberste Kriegsrat voraussichtlich heute die endgültige Entscheidung über den Friedensvertrag mit Oesterreich fällen. Die österreichisch-italienische Grenze bleibt wie im ursprünglichen Vertrage festgesetzt worden war.

Aus New-York wird gemeldet: Der Nationale Wirtschaftsbund hat sich mit 518 gegen 166 Stimmen zu Gunsten der Ratifizierung des Friedensvertrages ohne die komplizierenden, verzögernden und abschwächenden Vorbehalte ausgesprochen.

Brenn-Torf.

Bestellungen auf Brenn-torf zum Preise von 7 Mt. 20 Pfg. per Zentner frei Waggon Verladestation Emden werden entgegengenommen beim
Städt. Lebensmittelamt.

fertige Herren-Anzüge kreihig steilig M. 194,50
fertige Herren-Anzüge kreihig steilig „ 120,-
fertige Herren-Halbtuch-Hosen „ 42,-
fertige Herren-Arbeits-hosen „ 52,50
fertige Halbtuch Herren-Westen „ 19,50
in sehr guten Qualitäten u. schöner Verarbeitung.

Philipp Bosch, Wildbad Telefon Nr. 32

Konsumverein betreffend.

Nächsten Sonntag, den 31. August von nachm. 2 Uhr an, findet im „Linden-saal“ zu Wildbad die

Gründungs-Versammlung

statt. Bei derselben wird Herr Schweikert-Stuttgart über Ziele und Zweck, sowie über die Entwicklung der Konsumvereine referieren. Außerdem werden die Wahlen für den Vorstand und Aufsichtsrat stattfinden. Für diejenigen, welche sich noch als Mitglieder einzeichnen wollen, liegen Listen auf. Hierzu ergeht an Männer und Frauen, auch von Spornenhans und Nonnenmühl, freundliche Einladung. 488
Der vorläufige Ausschuss

Schulnachrichten.

Ein weiteres öffentliches Urteil („Ztr. Wochenblatt“) über die nach Wildbad übergesiedelte Reformschule:
In „Ztr. Wochenblatt“ (Nr. 61) schreibt Herr Dr. Richard Wern: „Woher kommt es, daß die Schülerzahl der Reformschule so sehr gestiegen ist? Woher kommt es, daß die Schüler sich dort so wohl fühlen und in ihren Studien so rasch vorwärts kommen? Einer schreibt es dem andern, daß er hier eine Schule gefunden hat, in welcher ihm ein Unterricht geboten wird, ganz angepaßt seiner persönlichen geistigen Anlage. In alle Ecken Deutschlands, von der Westgrenze bis hinauf zum sagenumwobenen Rheinstrom, ist die Kunde gedrungen, daß die Schäden des Schulwesens, wie sie der Krieg notgedrungen mit sich bringen mußte, hier geheilt werden, weil hier ein stetig fördernder Unterricht erteilt werden kann; so treffen wir hier Kandidaten zu dem Einjährigen, Obersekunda, Primarexte- und Abiturientenexamen für reale und humanistische Bildung. Ein jeder wird hier in individueller Weise gefördert.“
Darum, Eltern, wenn Euch der Gedanke quält: Wie sollen unsere Söhne das Versäumte nachholen? Wie können sie ihr Ziel erreichen?, so gedenket der höheren Reform-Lehranstalt in Wildbad.“
Dr. R. Wern.

Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands. Bezirk Württemberg. Holzhauer-Versammlung.

Am Sonntag, den 31. August, nachm. 3 Uhr findet in Langenbrand im Gasthof zum „Grünen Baum“ für die Holzhauer der Forstämter: Calmbach, Langenbrand, Liebenzell, Neuenbürg, sowie für die Holzhauer der umliegenden Stadt- und Gemeindeforesten eine sehr wichtige **Bezirks-Versammlung** statt.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht über die seitherigen Arbeiten des Zentralverbandes bezügl. der Lohn- und Tariffragen.
 2. Stellungnahme zu den Anträgen für die kommenden Tarifverhandlungen und Akkordabschlüsse.
- Zu dieser Tagung sind alle Kollegen freundlichst eingeladen.
Bezirksleiter: Laub.

Ein guter Trank für frohe Feiertage

In schwerer Zeit ein Sorgenbrecher

Offertiere auf sofortige Lieferung preiswerte
Weißweine und Rotweine
— sowie —
Sekt Mathes Müller „Extra“ und Flaschen-Weine.

M. Skrzypek, Weinrohbld., Wimpfen a. N.
Telephon Nr. 61.

Essig- und Salzgurken

empfiehlt
R. Stirner.

Ein alleinstehender älterer Herr, z. B. in Wildbad zur Kur, sucht zum baldigen Antritt eine in mittleren Jahren stehende

Hausdame,

möglichst Norddeutsche. Offert. unter Nr. 485 abzugeben in der Exped. des Centralboten.

Kleinkinderschule Wildbad.

Infolge der Zeitverhältnisse und der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse hat sich der Ausschuss der Kleinkinderschule genötigt gesehen, auch hier, wie sonst schon allorts geschehen, das Schulgeld zu erhöhen. Dasselbe beträgt jetzt vom 1. August an für das Kind und für den Monat 1 Mark. Wo 2 oder mehr Kinder aus einem Haus die Kleinkinderschule besuchen, beträgt das Schulgeld für das erste Kind 1 Mt., für jedes weitere je 50 Pf.

Wildbad, den 25. August 1919.

Für den Ausschuss:
Stadtpfarrer Köppler.



Schuhhaus
Wildb. Treiber
Wildbad
Ludwig-Seegeerstraße
empfiehlt alle Sorten
Schuhwaren.

237 Reparaturen werden prompt ausgeführt.

Ein zuverlässiges, ehrliches, zirka 17 jähriges

Mädchen

welches schon gedient, wird per 15. September für kleine Familie bei gutem Lohn gesucht.
Zu erfragen **Villa Schill**, Olgastraße.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft

Filiale Wildbad.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eröffnen wir

zinstragende Scheck- u. laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen.

Geschäfts-Empfehlung.

Die Schwarzwälder Schuhfabrik und Reparaturanstalt in Höfen a. G. übernimmt Reparaturen jeder Art, sowie Neuaufrichtungen unter Zusage reeller und pünktlicher Ausführung.
151

Verloren

schwarzer Kältefederhalter, wahrscheinlich im Postamt am Bahnhof. Abzugeben gegen 20 Mt. Belohnung im Quellenhof b. Postier.
151

Höchste Zeit

haben Sie Ihre Felle, Pelze und Pelzgarnituren für die kommende Wintersaison schwarz färben zu lassen!

Färberei Büsing, Stuttgart.

Städtisches Arbeitsamt Wildbad

Telephon-Anschluß Nr. 140. Kostenlos St. Lenovermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht:

a) Männlich:

b) Weiblich:

Zimmermädchen
Dienstmädchen
Küchenmädchen,
Servierfräulein

1 Dienstmädchen nach Offenburg

1 Dienstmädchen nach Pforzheim

2 Zimmermädchen nach Pforzheim

2 Büffelfräulein nach Pforzheim

1 Dienstmädchen nach Velau-Lichterfelde

Stellen suchen:

Männlich:

Ma. fleute,
Mechaniker
Maler
Fahrer
Bäder
Landwirt

Für die Einmachzeit

empfehlen:

Gutes Pergament-Papier, Salicyl-, Einmach-Tabletten (Benzoesaures Natron), Flaschenlack,

Gute Naturkorlen, Spunde in all. Größen

Paraffin für luftdichten Ueberzug.

Sämliche Gewürze, Heckenberg

Weineffig

Hengstenberg

Tafelsens in Gläsern

Essig-Essenz

Medicinal-Drogerie

Grundner Nachf. Wildbad

Krauzbrauntwein

vorzüglich für Einreibung und Waschmittel für schwächliche Kinder und Melonvalercenten.

Stadt-Apotheke
H. Stephan.

2-3 tüchtige Gattersäger

können sofort eintreten bei

481 Chr. Keller, Sägewerk Calmbach.

Zu verkaufen eine erstklassige 478

Milchkuh

(Kälberkuh) in Birkenfeld, Baumgartenstr. 16.

Husten, Atemnot

— Verschleimung. —

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite. 479

Heinrich Pette, Wackerleben, Provinz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten, Stränge, offenen Weingewächsen gerne umsonst Auskunft. Adressmarke erwünscht.

Flechtenleiden

jeder Art heilt gründlich u. dauernd Flechtenhautleiden deutsches Reichs-Patent
Wildberger & Co., 67 Stuttgart 83.

Elektro-Motorenöl, Maschinenöl, Geruchloses

Bodenöl (kein Ersatz), Wagen-, Leder- und Konsistenz-Fett, Huf-Fett empfiehlt 204

Fritz Krauss, Hauptstr. 148 in Wildbad

Brockmanns Futterkalk

„Marke B“ in Original-Packungen.

Medizinal-Drogerie Grundner's Nachfolger.

Turnverein Wildbad

Heute Abend

Männerriege

von 1/2 9 Uhr ab.

Der Vorstand.